

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget und Fraktion (SPD)**

### **Solide Haushalts- und Finanzpolitik statt Steuersenkung auf Pump!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die als Wahlkampfgeschenk von der Koalition aus CDU/CSU und FDP für die Jahre 2013 und 2014 geplanten Steuersenkungen auf Pump ab und fordert die Staatsregierung auf, diese Initiative im Bundesrat abzulehnen. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, den haushalts- und finanzpolitischen Irrweg zu beenden und sich künftig an folgenden Grundsätzen einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik zu orientieren:

- Überfällig ist die Rücknahme von Steuergeschenken und Klientelpolitik der Berliner Koalition, die im Umsatzsteuerprivileg für Hoteliers ihren dreisten Höhepunkt erreichte.
- Nach dem so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz wären die Beschlüsse eine große zusätzliche Belastung für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen, sie würden dagegen die Bürgerinnen und Bürger nur in sehr geringem Umfang entlasten.
- Erforderlich ist ein klarer Konsolidierungskurs für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen, da beispielsweise auch Bayern nur durch Steuermehreinnahmen den Finanzierungssaldo im Staatshaushalt ausgleichen kann.
- Lippenbekenntnisse der Bundesregierung und der Staatsregierung für die Schuldenbremse sind unzureichend, die Schuldenbremse kann nur umgesetzt werden, wenn die Steuereinnahmen gesichert bleiben.
- Auf der politischen Agenda ganz oben stehen nachhaltige Zukunftsinvestitionen in die Energiewende, Bildung und Forschung und den Neu- und Ausbau sowie den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur bei Straßen und Schienen.
- Gerade auch Bayern kann sich keine Steuergeschenke leisten, da sich die landespolitischen Versäumnisse von CSU und FDP mittlerweile milliardenschwer auftürmen und beseitigt werden müssen. Dazu zählen die Abschaffung der Studiengebühren, das kostenfreie Kindergartenjahr, Ganztagsbetreuung und die Beseitigung des Lehrermangels an den Schulen, die Finanzierung der Energiewende und der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur.
- Steuergeschenke sind auch deshalb nicht finanzierbar, weil das von der Staatsregierung und der CSU verursachte Landesbankdebakel den Staatshaushalt durch Zinszahlungen und fällige Garantien zusätzlich in Milliardenhöhe belastet.
- Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen können am besten durch eine Senkung der Sozialabgaben und eine gute soziale Infrastruktur entlastet werden. Auch dafür ist eine solide Gegenfinanzierung erforderlich.